

# Satzung

des Selbsthilfegruppenbeirates  
im Kreis Herzogtum Lauenburg

## Funktion des Beirates:

- Der Selbsthilfebeirat ist Sprachrohr der Selbsthilfegruppen, nimmt deren Interessen wahr und vertritt diese.  
Dadurch stärkt er die Wertschätzung der Gruppen.
- Der Beirat ist Ansprechadresse für Anliegen, die von außen an die Selbsthilfegruppen herangetragen werden.
- Der Beirat vertritt die Selbsthilfegruppen offiziell in der Politik und bei den Parteien.
- Der Beirat vertritt die Selbsthilfegruppen zu Themen die die Gesamtheit der SHG betreffen in der Presse.
- Der Beirat unterstützt KIBIS personell, z. B. durch praktische Unterstützung und Hilfe bei Veranstaltungen und ideell durch das Vertreten und Stärken des Selbsthilfesektors.
- Der Selbsthilfebeirat unterstützt den Paritätischen Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e.V. als Träger von KIBIS bei Fragen, Anliegen und Problemen zu KIBIS und zu den Selbsthilfegruppen. Die Zusammenarbeit von KIBIS, dem Beirat und dem Paritätischen basiert auf gegenseitiger Achtung und Wertschätzung. Im Vordergrund steht die sachliche Diskussion.
- Der Selbsthilfebeirat benennt zwei seiner Mitglieder für das Gremium zur Verteilung der kommunalen Finanzmittel an die Selbsthilfegruppen.
- Der Selbsthilfebeirat benennt zwei seiner Mitglieder für das landesweite Wahlgremium der Selbsthilfevertretung für den Vergabe- Ausschuss bei den Krankenkassen

### **Wahl des Beirates:**

Der Beirat der Selbsthilfegruppen wird alle zwei Jahre im Rahmen eines von KIBIS organisierten kreisweiten Selbsthilfegruppen-Gesamttreffens gewählt und wird bei der Einladung angekündigt.

Wahlberechtigt sind alle dort anwesenden Mitglieder der verschiedenen Selbsthilfegruppen.

Eine Nachwahl ist bereits nach einem Jahr im kreisweiten Selbsthilfegruppen- Gesamttreffen möglich.

Der Beirat besteht aus mindestens 5 Personen .

Der Beirat wählt aus seinen Reihen einen Sprecher bzw. eine Sprecherin.

Satzung im Juni 2009 vom Beirat verabschiedet

Satzungsänderung am 4.11.2015 vom kreisweiten Selbsthilfegruppen-Gesamttreffen in Mölln verabschiedet